

Fragen

**für die Fragestunde der 162. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 9. März 2005**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Adam, Ulrich (CDU/CSU)	11, 84	von Klaeden, Eckart (CDU/CSU)	38, 39
Auernhammer, Artur (CDU/CSU)	44, 68	Klößner, Julia (CDU/CSU)	49, 50
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	16	Köhler, Kristina (Wiesbaden) (CDU/CSU) ..	77, 78
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	6	Koppelin, Jürgen (FDP)	58, 59
Bleser, Peter (CDU/CSU)	51, 52	Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	69, 70
Börnßen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU) .	42, 43	Kretschmer, Michael (CDU/CSU)	66, 83
Braun, Helge (CDU/CSU)	57, 67	Dr. Kues, Hermann (CDU/CSU)	33, 34
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	47, 48	Lengsfeld, Vera (CDU/CSU)	13, 73
Dobrindt, Alexander (CDU/CSU)	40, 41	Lensing, Werner (CDU/CSU)	9
Fahrenschon, Georg (CDU/CSU)	24, 25	Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	23, 60
Dr. Flachsbarth, Maria (CDU/CSU)	29, 30	Mayer, Stephan (Altötting) (CDU/CSU)	61
Flosbach, Klaus-Peter (CDU/CSU)	26, 27	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	21, 22
Dr. Gehb, Jürgen (CDU/CSU)	17, 18	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP)	75, 76
Gewalt, Roland (CDU/CSU)	7, 8	Pau, Petra (fraktionslos)	10, 82
Grindel, Reinhard (CDU/CSU)	79, 80	Reichard, Christa (Dresden) (CDU/CSU) ...	14, 86
Hedrich, Klaus-Jürgen (CDU/CSU)	28	Dr. Rose, Klaus (CDU/CSU)	31, 32
Heiderich, Helmut (CDU/CSU)	53, 54	Schmidt, Christian (Fürth) (CDU/CSU)	1, 2
Heller, Uda Carmen Freia (CDU/CSU)	55, 56	Dr. Schröder, Ole (CDU/CSU)	71, 72
Herrmann, Jürgen (CDU/CSU)	12, 85	Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	36, 37
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	64, 65	Spahn, Jens (CDU/CSU)	3, 4
Dr. Jahr, Peter (CDU/CSU)	45, 46	Straubinger, Max (CDU/CSU)	35
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	5, 81	Vaatz, Arnold (CDU/CSU)	15, 74
Kaster, Bernhard (CDU/CSU)	19, 20	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU) ...	62, 63

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes .	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	15
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	17

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

1. Abgeordneter
Christian Schmidt (Fürth)
(CDU/CSU) Wann ist konkret mit der Fertigstellung des „Camp Flugplatz Kunduz“ einschließlich des Sanitätsrettungszentrums zu rechnen, und was sind die Ursachen dafür, dass der ursprüngliche Zeitplan nicht eingehalten werden konnte?
2. Abgeordneter
Christian Schmidt (Fürth)
(CDU/CSU) Wie hoch werden die Kosten für den Bau des Feldlagers sein, und was sind die Ursachen dafür, dass der ursprüngliche Kostenrahmen nicht eingehalten werden konnte?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

3. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU) Auf welche Weise kann nach Ansicht der Bundesregierung die in § 60 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch erwähnte zwingende medizinische Notwendigkeit für die Erstattung von Fahrtkosten durch die Krankenkassen nachgewiesen werden, und von wem ist der Nachweis zu erbringen?
4. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU) Inwieweit sind bei den dafür zu verwendenden Formularen, insbesondere bei der Verordnung selbst, Datenschutzrechte der Versicherten zu beachten, und werden diese nach Ansicht der Bundesregierung hinreichend beachtet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

5. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU) Mit welchen Konsequenzen für Nichtregierungsorganisationen (NGO) und andere in Simbabwe tätige Institutionen (wie beispielsweise politische Stiftungen, Deutscher Entwicklungsdienst und Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) rechnet die Bundesregierung aufgrund des vom simbabwischen Parlament gegen regierungskritische und

zivilgesellschaftliche Kräfte sowie westliche Geber verabschiedeten Gesetzes „NGO Act 2004“, das u. a. die Arbeit von NGO im Bereich gute Regierungsführung, Menschenrechte und Rechtsstaat unterbinden soll?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

6. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die vorläufige Einschätzung der EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes, das Finanzierungssystem des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland stehe nicht im Einklang mit dem EU-Wettbewerbsrecht, und welche Schritte unternimmt die Bundesregierung, um die Forderungen der EU-Kommission zur Neuregelung der Finanzierungsgrundsätze des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu erfüllen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

7. Abgeordneter
Roland Gewalt
(CDU/CSU)
- Werden in Deutschland „Handschuhehen“ anerkannt, die in Ländern geschlossen wurden, die Nichtunterzeichnerstaaten des CIEC-Abkommens (CIEC: Commission Internationale de l'Etat Civil) sind?
8. Abgeordneter
Roland Gewalt
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Informationen von Bundes- oder Landesbehörden vor, dass durch die Anerkennung solcher im Ausland – insbesondere in islamisch geprägten Staaten – unter Zwang geschlossenen „Handschuhehen“, eine Verdeckung von Zwangsehen in Deutschland begünstigt wird?
9. Abgeordneter
Werner Lensing
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung zu Überlegungen, im Hinblick auf die von den zwischen 1945 und 1949 in der sowjetischen Besatzungszone enteigneten Grundbesitzern eingereichte Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, im Falle eines Urteiles zu Gunsten der Kläger, die nach der Wiedervereinigung an die Bundesrepu-

blik Deutschland übertragenen Grundstücke, welche Inhalt des Verfahrens sind, in die Verfügungsgewalt der Bundesländer zu überführen, um auf jeden Fall eine nach dem Gerichtsurteil notwendige Rückgabe an die ehemaligen Besitzerfamilien zu verhindern?

10. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(fraktionslos)

Werden Pfändungsbeiträge nach dem Siebten Gesetz zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen der verschärften Unterhaltspflicht der nichtehelichen Partner in der Bedarfsgemeinschaft im Zusammenhang mit der sog. Hartz-Gesetzgebung angepasst, und wenn ja, wo ist dies geregelt?

11. Abgeordneter
**Ulrich
Adam**
(CDU/CSU)

Ist das Bundesministerium der Justiz Ende 2004 von der Bundesanwaltschaft über ein Prüfverfahren wegen Landesverrats gegenüber dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten und heutigen Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt, Karsten Voigt, informiert worden?*)

12. Abgeordneter
**Jürgen
Herrmann**
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, dass Mitarbeiter der Bundesanwaltschaft bei dem Ende 2004 unternommenen Versuch einer Einsichtnahme in Akten des Bundesarchivs, die sich auf von dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten und heutigen Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, Karsten Voigt, an das Zentralkomitee der SED herausgegebene NATO-Papiere beziehen, diese Dokumente nicht vorgefunden haben?**)

13. Abgeordnete
**Vera
Lengsfeld**
(CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung strafrechtlich die nach Einschätzung der Mitarbeiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn „vertrauliche Information von K. D. Voigt“, insbesondere unter dem Aspekt, dass Karsten Voigt sich bewusst gewesen sei, dass „ihm die Information zugespielt“ worden sei und er diese vertraulich in der Absicht zur Erhaltung der „sicherheitspolitischen Zusammenarbeit von SED und SPD“ mitteile?***)

*) Siehe hierzu auch Frage 84.

**) Siehe hierzu auch Frage 85.

***) Siehe hierzu auch Frage 73.

14. Abgeordnete
Christa Reichard (Dresden)
(CDU/CSU)
- Seit wann hat die Bundesregierung Kenntnis von dem im Bundesarchiv aufgefundenen und am 21. Februar 2005 in der Zeitschrift „FOCUS“ veröffentlichten, auf den 8. Juli 1988 datierten Vermerk für das Zentralkomitee der SED, nach dem Karsten Voigt der DDR Erkenntnisse über eine für den Juli 1988 beabsichtigte Einreise der Bürgerrechtler Bärbel Bohley und Wolfgang Templin habe zukommen lassen?*)
15. Abgeordneter
Arnold Vaatz
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung straf- und arbeitsrechtlich insbesondere die in dem Vermerk für das Zentralkomitee der SED getroffene Aussage, Karsten Voigt habe über die Sachverhaltsfeststellung, dass Bärbel Bohley und Wolfgang Templin am 6. August 1988 wieder in die DDR einreisen würden, auch den weitergehenden Ratschlag erteilt, „sie zunächst einreisen zu lassen und dann bei oder wegen entsprechenden Aktivitäten zu ergreifen und auszuweisen“?**)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

16. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die für die Beantragung des Lohnsteuerjahresausgleiches erforderliche Lohnsteuerbescheinigung inklusive PIN-Nummer den Lohnsteuerpflichtigen umgehend übermittelt wird?
17. Abgeordneter
Dr. Jürgen Gehb
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse liegen dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) über den Verbleib der drei Druckausfallmuster der nicht verausgabten Wohlfahrtsmarke 2001 mit dem Motiv „Audrey Hepburn“ vor, die dem BMF von der Bundesdruckerei geliefert wurden?
18. Abgeordneter
Dr. Jürgen Gehb
(CDU/CSU)
- Was hat das BMF bisher unternommen, um den Verbleib der nicht mehr im Besitz des BMF befindlichen drei Druckausfallmuster der nicht verausgabten Wohlfahrtsmarke 2001 mit dem Motiv „Audrey Hepburn“ aufzuklären?

*) Siehe hierzu auch Frage 86.

**) Siehe hierzu auch Frage 74.

- | | |
|--|--|
| 19. Abgeordneter
Bernhard Kaster
(CDU/CSU) | Welches Aufkommen an Sekt- und Tabaksteuer ist im Jahr 2004 oder 2003 am Produktionsstandort Trier, als einer der größten Sekt- und Tabakwarenp-produktionsstandorte Deutschlands, durch die Verarbeitung der entsprechenden Steuerbänderolen entstanden? |
| 20. Abgeordneter
Bernhard Kaster
(CDU/CSU) | Wie teilt sich das Aufkommen an Sekt- und Tabaksteuer auf die jeweils 10 größten Produktionsstandorte in Deutschland auf? |
| 21. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU) | Wie lässt sich nach Ansicht der Bundesregierung der Schutz der Verschwiegenheitspflicht der freien Berufe, insbesondere von Notaren, Rechtsanwälten und Steuerberatern, mit der Tatsache vereinbaren, dass – über die Speicherung des wirtschaftlich Berechtigten in den über das Kontenabrufverfahren erfassten Daten – künftig Mandatsbeziehungen durch amtliche Stellen aufspürbar und einsehbar sind? |
| 22. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU) | Welche Arten von und wie viele Behörden können über den Bereich der Steuerbehörden hinaus auf Basis des § 93 Abs. 8 Abgabenordnung (AO) das Kontenabrufverfahren für außersteuerliche Zwecke nutzen? |
| 23. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzs
(fraktionslos) | Hat das BMF einen Erlass verfügt, der dem Zoll untersagt, bei Bargeldkontrollen zur Bekämpfung von Geldwäsche, Hinweise auf Steuerhinterziehung an die Finanzämter zu melden (Monitor, 14. Februar 2005)? |
| 24. Abgeordneter
Georg Fahrenschon
(CDU/CSU) | Trifft es zu, dass das für das Bundesamt für Finanzen geplante zusätzliche Kontenabrufverfahren nach den §§ 93, 93b AO für 10 000 bis 50 000 Abrufe pro Tag für jedes der ca. 2 400 Kreditinstitute ausgelegt werden soll, und trifft es zu, dass zum 1. April 2005 noch nicht alle für den geplanten Umfang des Kontenabrufverfahrens nach den §§ 93, 93b AO erforderlichen technischen Voraussetzungen durch das Bundesamt für Finanzen erfüllt sein werden? |

25. Abgeordneter
**Georg
Fahrenschon**
(CDU/CSU)
- In welcher Form soll das für das Bundesamt für Finanzen geplante Kontenabrufverfahren nach den §§ 93, 93b AO am ersten Tag, dem 1. April 2005, in Betrieb gehen?
26. Abgeordneter
**Klaus-Peter
Flosbach**
(CDU/CSU)
- Durch welche Art von Behörde(n) sowie unter welchen Voraussetzungen soll die Pflicht zur Unterrichtung der Bankkunden über Kontenabrufe nach § 24c Kreditwesengesetz und den §§ 93, 93b AO, die die Bundesregierung derzeit auf dem Erlasswege vorbereitet, erfolgen?
27. Abgeordneter
**Klaus-Peter
Flosbach**
(CDU/CSU)
- Soll sich die Unterrichtung der Bankkunden über Kontenabrufe nach § 24c Kreditwesengesetz und den §§ 93, 93b AO, die die Bundesregierung derzeit auf dem Erlasswege vorbereitet, nur auf die von den Steuerbehörden veranlassten Abrufe beziehen, oder soll auch über Abrufe anderer Behörden – zum Beispiel Bundesagentur für Arbeit, Sozialämter, BAföG-Stellen – informiert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

28. Abgeordneter
**Klaus-Jürgen
Hedrich**
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund der vermehrten Schließung von Postagenturen im ländlichen Raum noch Möglichkeiten, die in § 2 der 1999 erlassenen Post-Universaldienstleistungsverordnung festgelegten Einwohnergrenzen zur Vorhaltung einer stationären Einrichtung zugunsten einer Festlegung auf das Einzugsgebiet einer solchen Einrichtung modifizieren zu können?
29. Abgeordnete
**Dr. Maria
Flachsbarth**
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen haben nach Ansicht der Bundesregierung die jüngsten Schließungen von stationären Einrichtungen der Deutschen Post AG auf die postalische Versorgung im ländlichen Raum?
30. Abgeordnete
**Dr. Maria
Flachsbarth**
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um eine genügende Versorgung der Bevölkerung mit Postdienstleistungen auch in Zukunft zu gewährleisten?

- | | |
|---|---|
| 31. Abgeordneter
Dr. Klaus Rose
(CDU/CSU) | Treffen neueste Medienberichte zu, dass ein bereits geplanter Besuch des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, in Taipeh wieder abgesagt werden musste (vgl. DER SPIEGEL vom 14. Februar 2005)? |
| 32. Abgeordneter
Dr. Klaus Rose
(CDU/CSU) | Wenn ja, welche Gründe lagen für diese Absage vor? |
| 33. Abgeordneter
Dr. Hermann Kues
(CDU/CSU) | Wie viele Arbeitslose gibt es in Deutschland insgesamt, die derzeit als „arbeitssuchend“, nicht aber als „arbeitslos“ eingestuft werden? |
| 34. Abgeordneter
Dr. Hermann Kues
(CDU/CSU) | Wie viele dieser „Arbeitsuchenden“ werden nach Einschätzung der Bundesregierung – sollten sie keinen Arbeitsplatz finden – im kommenden Monat in der Arbeitslosenstatistik erfasst werden? |
| 35. Abgeordneter
Max Straubinger
(CDU/CSU) | Bis wann werden nach Einschätzung der Bundesregierung alle derzeit als „arbeitssuchend“ eingestuft Personen abschließend von der Bundesagentur für Arbeit (BA) auf ihre Arbeitsfähigkeit bewertet worden sein? |
| 36. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die offiziellen Angaben der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der BA vom 1. März 2005, wonach die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen im Februar 2005 aufgrund der noch nicht erfassten Arbeitslosen um 110 000 höher lag als die amtlichen Daten der BA in Nürnberg? |
| 37. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU) | Bestätigt die Bundesregierung die Auffassung der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der BA, wonach die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Monat bei 1,193 Millionen lag? |

- | | |
|---|---|
| 38. Abgeordneter
Eckart
von Klaeden
(CDU/CSU) | Wann ist die Bundesregierung über die Einschätzung der Regionaldirektion in Nordrhein-Westfalen informiert worden? |
| 39. Abgeordneter
Eckart
von Klaeden
(CDU/CSU) | Welche Informationen besitzt die Bundesregierung, ob auch in anderen Regionaldirektionen die tatsächliche Arbeitslosigkeit im vergangenen Monat höher lag als die am 1. März 2005 von der BA in Nürnberg ausgewiesenen Werte? |
| 40. Abgeordneter
Alexander
Dobrindt
(CDU/CSU) | War der Bundesregierung vor dem 1. März 2005 bekannt, dass die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen deutlich über den von der BA in Nürnberg bekannt gegebenen 1,083 Millionen lag? |
| 41. Abgeordneter
Alexander
Dobrindt
(CDU/CSU) | Falls ja, seit wann war dies bekannt, und hat die Bundesregierung darauf gedrängt, dass diese Daten bereits in den Februar-Meldungen der BA integriert werden? |
| 42. Abgeordneter
Wolfgang
Börnßen
(Bönstrup)
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland im vergangenen Monat insgesamt über 5,3 Millionen lag? |
| 43. Abgeordneter
Wolfgang
Börnßen
(Bönstrup)
(CDU/CSU) | Wenn ja, um wie viel höher lag die Arbeitslosigkeit in Deutschland, wenn bereits im Februar 2005 alle erwerbsfähigen Arbeitslosen – analog der Einschätzung der Regionaldirektion in Nordrhein-Westfalen – in der amtlichen Statistik der BA aufgeführt worden waren? |
| 44. Abgeordneter
Artur
Auernhammer
(CDU/CSU) | Wie sieht die Bundesregierung der Erfüllung europäischer Sicherheitsstandards transgener Pflanzen entgegen, wenn sämtliche Ressortforschungsprojekte in diesem Bereich gestrichen werden?*) |

*) Siehe hierzu auch Frage 68.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**

45. Abgeordneter
**Dr. Peter
Jahr**
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang sind finanzielle Hilfen vorgesehen, um der im Rahmen der Modulation wegfallenden Roggenintervention und dem damit einhergehenden Preisverfall des Getreides zu begegnen?
46. Abgeordneter
**Dr. Peter
Jahr**
(CDU/CSU)
- Welche Lösungsansätze existieren zum Ausgleich der wegfallenden Roggenintervention?
47. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)
- Trifft ein Bericht der Zeitschrift „DER SPIEGEL“ (Ausgabe 9/2005 vom 28. Februar 2005, S. 58) zu, wonach die Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, eine Neuzulassung der Kartoffelsorte „Linda“ beim ihr unterstehenden Bundessortenamt unterstützen will, und wie begründet die Bundesministerin ihre Haltung?
48. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Möglichkeit einer Neuzulassung der Kartoffelsorte „Linda“ vor dem Hintergrund der in der Zeitschrift „DER SPIEGEL“ veröffentlichten Erklärung der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, dass sie „die Sortenvielfalt und biologische Vielfalt erhalten sehen“ möchte, und dass das Bundessortenamt deshalb bei der Neuzulassung der „sehr beliebten Linda“ auch „diese Kriterien in ihre Prüfung einbeziehen“ werde, und wie begründet sie ihre Haltung?
49. Abgeordnete
**Julia
Klöckner**
(CDU/CSU)
- Welche Forschungsvorhaben im Verantwortungsbereich der Bundesregierung sind von der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, im Bereich der Gentechnik gestoppt worden?
50. Abgeordnete
**Julia
Klöckner**
(CDU/CSU)
- Welche inhaltlichen Begründungen hat die Bundesregierung für die von der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, angeordnete Rücknahme von For-

schungsvorhaben, obwohl diese bereits vom Bundesministerium für Bildung und Forschung genehmigt waren?

51. Abgeordneter
**Peter
Bleser**
(CDU/CSU)

Welche logische Verbindung besteht zwischen der von der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, erhobenen Behauptung, dass die Risiken der Gentechnik zu wenig erforscht seien, und der eventuellen Behinderung dieser Forschungsvorhaben durch das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL)?

52. Abgeordneter
**Peter
Bleser**
(CDU/CSU)

Trifft es zu, dass Ressortforscher auch international positiv bewertete Anträge zurückziehen müssen oder mussten?

53. Abgeordneter
**Helmut
Heiderich**
(CDU/CSU)

Warum hat die Bundesregierung die vier beantragten genetisch veränderten Maissorten noch nicht zugelassen, obwohl dafür die Genehmigung zum Inverkehrbringen wie die positiven Ergebnisse der Sortenprüfung längst vorliegen, und wird sie vor diesem Hintergrund eine Ausnahmeregelung für § 16a Gentechnikgesetz (Drei-Monats-Frist) erteilen, da ansonsten eine Nutzung dieses Saatguts im Jahr 2005 in Deutschland nicht mehr möglich ist?

54. Abgeordneter
**Helmut
Heiderich**
(CDU/CSU)

Welche Vorbereitungen hat die Bundesregierung bisher getroffen, um die von der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, gegenüber dem Bundesrat abgegebene Verpflichtung, im Jahr 2005 das Erprobungsprogramm mit genetisch verändertem Mais, das im vergangenen Jahr allein durch verschiedene Bundesländer getragen und vom BMVEL heftig kritisiert worden war, in 2005 vom BMVEL gemeinsam mit den Bundesländern zu organisieren sowie von den Bundeseinrichtungen wissenschaftlich zu begleiten, erfolgreich umzusetzen, und welche Partner sind dafür mit entsprechenden Standorten nach den Regeln des Gentechnikgesetzes angemeldet worden?

55. Abgeordnete
Uda Carmen Freia Heller
(CDU/CSU) Wer soll nach Ansicht der Bundesregierung zukünftig unabhängige Gutachten über den Anbau transgener Pflanzen erstellen, wenn die Ressortforschungseinrichtungen des Bundes keine Sicherheitsforschung mehr betreiben?
56. Abgeordnete
Uda Carmen Freia Heller
(CDU/CSU) Wie erklärt sich die Bundesregierung, dass in dem „Strategiepapier zur Bekämpfung des Feuerbrand-erregers ohne Antibiotika“ (des BMVEL vom 5. Februar 2003, S. 16 ff.) ausdrücklich auf die Möglichkeit des erfolgreichen Einsatzes der Gentechnik hingewiesen wird, Ende 2003 aber das BMVEL diesen Versuch und die Freisetzung – trotz positiven Bescheides der Zentralen Kommission für die Biologische Sicherheit (ZKBS) am Robert Koch-Institut (RKI) – untersagt?
57. Abgeordneter
Helge Braun
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung, dass durch die Rücknahme von Forschungsvorhaben im Geschäftsbereich des BMVEL durch die Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, auch Drittmittel für Forschungsvorhaben in den dem BMVEL unterstehenden Ressortforschungseinrichtungen weggefallen sind?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

58. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP) Treffen Medienberichte zu, dass der Bundesminister des Innern, Otto Schily, in einer Kabinettsitzung die Rücknahme des „Antidiskriminierungsgesetzes“ vorgeschlagen hat (Handelsblatt vom 3. März 2005)?
59. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP) Hat auch der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, eine Überprüfung des „Antidiskriminierungsgesetzes“ mit der Begründung gefordert, „ob über das europäische Recht hinausgeschossen wurde und deshalb noch Änderungsbedarf besteht“ (Handelsblatt vom 3. März 2005)?

*) Siehe hierzu auch Frage 67.

60. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzsch**
(fraktionslos)

Welche von der Bundesregierung geförderten Nicht-regierungsorganisationen (NGO) arbeiteten im Jahre 2004 gegen antisemitische Hetze im Internet, und welche dieser NGO werden auch im Jahre 2005 gefördert?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

61. Abgeordneter
**Stephan
Mayer**
(Altötting)
(CDU/CSU)

Wie steht die Bundesregierung zu der Aussage des Bundesamtes für Güterverkehr, die der „Berliner Zeitung“ vom 17. Februar 2005 (S. 1, 4) zu entnehmen war, dass bezüglich der Lkw-Maut in der Nacht weniger kontrolliert wird, und wie gedenkt die Bundesregierung gegen die dadurch bedingte Zunahme von sog. Mautprellern in der Nacht vorzugehen?

62. Abgeordneter
**Peter
Weiß**
(Emmendingen)
(CDU/CSU)

In welchem Umfang ist eine Mitfinanzierung der Baumaßnahmen im Rahmen der Verknüpfung des Südstabs des TGV-Est bei Straßburg/Kehl–Appenweier mit dem deutschen Hochgeschwindigkeitsnetz der Bahn aus Mitteln der Europäischen Union (EU) zur Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Netze (TEN) möglich, und was unternimmt die Bundesregierung, um zur Verfügung stehende Zuschussmittel der EU aus der laufenden Förderperiode für das Vorhaben in Anspruch nehmen zu können?

63. Abgeordneter
**Peter
Weiß**
(Emmendingen)
(CDU/CSU)

Welchen Zeitplan sieht die Bundesregierung für das Vergabeverfahren für den als Pilotprojekt im Rahmen einer Public-Private Partnership (privat-öffentliche Partnerschaft) geplanten sechsstreifigen Ausbau der Bundesautobahn A 5 im Abschnitt Baden-Baden–Offenburg vor, und wann wird der Baubeginn erfolgen?

64. Abgeordneter
**Klaus
Hofbauer**
(CDU/CSU)

Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Finanzmittel, die bisher für Projekte des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) aus dem EU-Gesamtbudget des Finanzierungszeitraums 2000 bis 2006 der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung gestellt wurden, und wie viele TEN-V-Projekte in Deutschland wurden bisher mit diesen Finanzmitteln unterstützt?

65. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Wie wird sich die durch die Bundesregierung angestrebte Beschränkung der Zahlungen an die EU auf 1 % des Bruttoinlandsprodukts ab dem Jahr 2007 auf die Bezuschussung von Planung und Bau der TEN-V-Projekte in der Bundesrepublik Deutschland in der Finanzperiode 2007 bis 2013 auswirken?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

66. Abgeordneter
Michael Kretschmer
(CDU/CSU)
- Welche Schritte bezüglich einer weiteren Evaluierung des Forschungszentrums Rossendorf zu einer möglichen Eingliederung in die Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren durch den Wissenschaftsrat, wie vom Parlamentarischen Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Ulrich Kasparick, am 28. Februar 2005 im Leibniz-Institut für Festkörper- und Werkstoffforschung in Dresden angekündigt, plant die Bundesregierung derzeit, und wann könnte diese Evaluierung erfolgen?
67. Abgeordneter
Helge Braun
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass in diesem Jahr keine Anträge beim Bundesministerium für Bildung und Forschung zur Risikoforschung an transgenen Pflanzen vorliegen, obwohl in den letzten drei Jahren noch 13 Mio. Euro für Forschungsprojekte zu dieser Fragestellung eingesetzt worden sind, und wenn ja, aus welchen Gründen?*)
68. Abgeordneter
Artur Auernhammer
(CDU/CSU)
- Wie soll die vom Wissenschaftsrat angemahnte Verbesserung der fachlichen Qualität an den Ressortforschungseinrichtungen unideologisch gefördert werden?**)

*) Siehe hierzu auch Frage 57.

**) Siehe hierzu auch Frage 44.

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

69. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den im Mitteilungsblatt des Auswärtigen Amts (AA) vom September 2004 veröffentlichten Artikel „Mehr Farbe ins Ministerbüro – Das AA – kein Spiegel unserer Gesellschaft“, und welche Veränderungen in der Einstellungspraxis des AA sind in diesem Zusammenhang vorgesehen?
70. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Bestrebungen des AA die „veraltete“ Nachwuchsauslese und Einstellungspraxis dem „gesellschaftlichen Wandel“ in Deutschland anzupassen, und wie ist die „affirmative action“ durch das AA bei Einstellungen von besonderen Personengruppen (Homosexuelle, allein erziehende Mütter und Väter, Farbige) mit dem beamtenrechtlichen Grundsatz der Auslese nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung zu vereinbaren?
71. Abgeordneter
Dr. Ole Schröder
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen, insbesondere außenpolitischer Art, werden ergriffen, um die türkische Regierung zu bewegen, gegen antisemitische und antiwestliche Hetzkampagnen, insbesondere gegen volksverhetzende Presseerzeugnisse, in der Türkei vorzugehen?
72. Abgeordneter
Dr. Ole Schröder
(CDU/CSU)
- Werden diese Maßnahmen mit Konsequenzen verknüpft sein, um der Forderung an die türkische Regierung, volksverhetzende Äußerungen zu unterbinden, angemessenes Gewicht zu verleihen?
73. Abgeordnete
Vera Lengsfeld
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung den vom Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, im Dezember 1998 zum Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit berufenen und seitdem im Auswärtigen Amt tätigen Karsten Voigt zu dem Vermerk für das Zentralkomitee der SED vom 8. Juli 1988 angehört, und gegebenenfalls zu welchem Ergebnis hat diese Anhörung geführt?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 13.

74. Abgeordneter
**Arnold
Vaatz**
(CDU/CSU)
- Aufgrund welcher Erwägungen und Erkenntnisse sieht die Bundesregierung, trotz des Vermerks für das Zentralkomitee der SED vom 8. Juli 1988, noch das besondere Vertrauensverhältnis zu ihrem Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, Karsten Voigt, gewahrt?*)
75. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Otto**
(Frankfurt)
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Pläne der Volksrepublik China, noch in diesem Monat im Volkskongress ein Anti-Separationsgesetz zu verabschieden (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. März 2005), und sieht sie in diesen Plänen eine Gefährdung des Status quo an der Straße von Taiwan und eine Bedrohung für die regionale Stabilität?
76. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Otto**
(Frankfurt)
(FDP)
- Was hat die Bundesregierung konkret unternommen, um im Vorfeld dieses Gesetzgebungsvorhabens bei der chinesischen Seite darauf zu drängen, dass mit diesem Gesetz die Schwelle für eine militärische Gewaltanwendung gegenüber Taiwan nicht gesenkt wird und dass der in demokratischen Wahlen zum Ausdruck gebrachte Wille des taiwanesischen Volkes respektiert wird, am Status quo festzuhalten und gleichzeitig auf diplomatischem und friedlichem Wege eine Verbesserung der Beziehungen an der Taiwan-Straße zu erzielen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

77. Abgeordnete
**Kristina
Köhler**
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- Wie wird sichergestellt, dass die Türkei-Ausgabe der „Vakit“ nicht über Abonnenten in Deutschland in Umlauf gerät und dadurch das Verbot des Verlages unterhöhlt wird?

*) Siehe hierzu auch Frage 15.

78. Abgeordnete
Kristina Köhler
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- In welchem Rahmen wird islamistische Propaganda hinsichtlich Ausmaß, Intensität, Sender und Empfänger untersucht, und welche Auswirkungen haben die Erkenntnisse auf die Integrationspolitik und die Türkeipolitik der Bundesregierung?
79. Abgeordneter
Reinhard Grindel
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung gegen die Behauptung in der türkischen Tageszeitung „Hürriyet“ mit einer Auflagenzahl von ca. 100 000 Exemplaren in Deutschland und 600 000 in der Türkei, der Bundesminister des Innern, Otto Schily, habe den Verlag der Zeitung „Vakit“ außerhalb des geltenden Rechts verboten?
80. Abgeordneter
Reinhard Grindel
(CDU/CSU)
- Welche Schritte werden unternommen, um die verleumderischen und hetzenden Artikel und insbesondere Karikaturen über den Bundesminister des Innern, Otto Schily, in der Türkei-Ausgabe der „Vakit“ zu unterbinden?
81. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung angesichts der Tatsache, dass die mangelnde Kooperations- und Rücknahmebereitschaft des Libanon bei der Strafverfolgung von in Deutschland straffällig gewordenen Libanesen ein besonderes Problem darstellt und auf diese Weise aus dem Libanon stammende Serientäter wie „Mahmoud“ nicht abgeschoben werden können (vgl. BERLINER MORGENPOST vom 20. September 2004 und DER TAGESSPIEGEL vom 21. September 2004)?
82. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos)
- Wie viele Abschiebungen wurden im Jahr 2004 auf dem Luftweg von deutschen Flughäfen durchgeführt?
83. Abgeordneter
Michael Kretschmer
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über die im Vermerk für das Zentralkomitee der SED am 8. Juli 1988 (FOCUS vom 21. Februar 2005) erwähnte „sicherheitspolitische Zusammenarbeit von SED und SPD“, und war diese gegebenenfalls Teil des politischen Handelns der SPD-geführten Bundesregierung in den Jahren 1969 bis 1982?

- | | |
|---|---|
| 84. Abgeordneter
Ulrich
Adam
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, dass im Jahr 1998 im Bundesarchiv Unterlagen über die Übergabe von NATO-Papieren durch den ehemaligen Bundestagsabgeordneten und heutigen Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im AA, Karsten Voigt, an Mitglieder des Zentralkomitees der SED vorhanden waren und in Kopie herausgegeben wurden?*) |
| 85. Abgeordneter
Jürgen
Herrmann
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, wo sich die verschwundenen Unterlagen heute befinden?**) |
| 86. Abgeordnete
Christa
Reichard
(Dresden)
(CDU/CSU) | Liegen der Bundesregierung über den in der Zeitschrift „FOCUS“ abgedruckten Vermerk weitergehende Erkenntnisse zu der angeblichen Weitergabe von Erkenntnissen über DDR-Bürgerrechtler durch Karsten Voigt an die DDR insbesondere aus dem Bundesarchiv und aus den Stasi-Unterlagen der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR vor, und wenn ja, welche?***) |

*) Siehe hierzu auch Frage 11.

**) Siehe hierzu auch Frage 12.

***) Siehe hierzu auch Frage 14.

